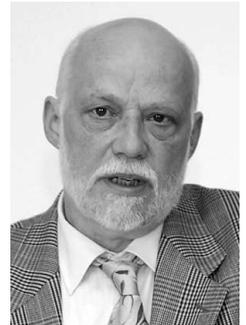


Die „Affäre Wulff“ und das Amt – Kommentare, Realitäten und Konsequenzen

Bernhard Blanke



Bernhard Blanke

In seiner Rede zur Eröffnung der Bundesversammlung am 18.3. wählte Bundestagspräsident Lammert bemerkenswerte Worte für diesen Anlass im Frühjahr 2012:

„Diese heutige Versammlung findet nur 20 Monate nach der letzten Bundesversammlung statt, die am 30. Juni 2010 Christian Wulff zum 10. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt hat. Die Geschichte dieser kurzen Präsidentschaft wird zu einem späteren Zeitpunkt geschrieben werden. Die Umstände des Rücktritts und die Gründe, die dazu geführt haben, werden erst mit angemessenem Abstand zu den Ereignissen fair zu bewerten sein. Dabei geht es auch um das Verhältnis von Amt und Person, um Erwartungen an Amtsträger, aber auch um die Rolle der Öffentlichkeit, der öffentlichen wie der veröffentlichten Meinung. Dies gilt für Beteiligte und Betroffene wie für Beobachter. Es gibt durchaus Anlass für selbstkritische Betrachtungen, nicht nur an eine Adresse. Manches war bitter, aber unvermeidlich. Manches war weder notwendig noch angemessen, sondern würdelos“.

Es ist aber durchaus möglich, vielleicht sogar geboten, zeitnahe die Ereignisse zu rekonstruieren, weil sonst vieles allzu leicht aus dem Gedächtnis gelöscht wird. Vor allem werden die politisch-kommunikativen „Übertreibungen“ in dieser Krise schnell vergessen oder verdrängt, obwohl und vielleicht weil sie ein negatives Bild vom Bundespräsidenten in einer Tiefe geprägt haben, wie es zuvor nicht vorstellbar war. Vielfach wurden die Wahl Joachim Gaucks und seine Vereidigungsrede als „Erlösung“ betrachtet: „Man erlebte den gelungenen Auftakt der Präsidentschaft Gauck und damit glücklicherweise auch den politischen Schlusspunkt der leidigen Affäre Christian Wulff“ (Kurt Kister, SZ vom 24/25.3.2012, S. 4). Gegen eine rasche Verdrängung der Affäre will ich dennoch ein Beobachten der Beobachter (Luhmann) versuchen, vor allem die Anstrengungen einer Rehabilitation des Amtes, welche vornehmlich auf Kosten der Person und zum Nutzen der politischen Parteien gingen. Und es soll gezeigt werden, dass diese Affäre nicht einmalig ist, sondern Strukturen offenlegt, die weiter bestehen¹.

Mediale Vorverurteilung

Am Ende einer monatelang in allen Medien geführten Debatte, die manche Beobachter eine „Kampagne“ nennen, stand der gescheiterte Präsident Christian Wulff im Volksmund nur noch als „Abzocker“ da. Die von den Printmedien recherchierten „Tatbestände“, angefangen vom Hauskredit über Ferienaufenthalte, ungenaue Auskünfte, Beziehungen zu einem Eventmanager und der Filmindustrie bis zu dubiosen Freundschaften, werden jetzt noch von allen Kritikern wie auswendig gelernt erzählt. Während der Debatte wurden aber auch meist laienhafte „rechtliche“ Bewertungen vorgenommen, die innerhalb von zwei Monaten zu dem Urteil in Meinungsumfragen führten, dass dieser Präsident zurücktreten müsse, weil er sich nicht an die Gesetze halte. Im Wesentlichen spielte das Haus Springer mit der Bild-Zeitung („mailbox Affäre“) ab Mitte Dezember 2011 den „Treiber“, wenngleich die Hamburger Magazine ebenso hartnäckig recherchierten (der SPIEGEL vor allem bei der „Kreditaffäre“). Es waren aber immer wieder „Welt“ und „Bild“, die es nicht zu einer „Beruhigung“ der Debatte kommen ließen.

Politisch besonders bedeutsam erscheinen mir in diesem Medienspiel jedoch die *Kommentare* im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, welches den Ruf einer gewissen Neutralität genießt. Eine Schlüsselrolle nimmt zunächst das Interview mit Wulff ein, welches am 4.1.2012 mit Ulrich Deppendorf für die ARD und Bettina Schausten fürs ZDF – sozusagen in einer großen Koalition der Öffentlich-Rechtlichen – geführt wurde. Dieses Gespräch kam schon nahe an das Niveau des „Boulevard“ heran, und im „Format Politik-Talk“, das eine entscheidende Rolle im Verlauf der Affäre spielte, setzte sich dieser Trend fort, bei Will, Illner, Jauch, Plasberg und anderen. Das Thema dominierte für Wochen, und in der Art von Wochenberichten wurden die öffentlichen Diskussionen referiert und kommentiert. Es scheint so, als ob sich dieses Format zu einer für das breite Publikum letzten Kommentierungsinstanz laufender Ereignisse entwickelte. So lässt sich anhand von Umfragedaten² zeigen, wie entscheidend diese Sendungen für die Stimmung des breiten Publikums jeweils waren. *Meinungen* erhielten dadurch eine anscheinend *repräsentative* Qualität, weil sich Jedermann im Publikum unmittelbar als Privatperson eingebunden fühlen, z.B. sein Leben mit dem des Bundespräsidenten in Vergleich setzen konnte; auch weil es dort Usus ist, „spontan“ einzelne Bürger sozusagen als „Zeitzeugen“ oder spezielle Umfragen zu präsentieren. Im Fall Wulff musste der Vergleich am Ende negativ ausfallen (wie etwa „einen solchen Kredit bekomme *ich* nicht!“). Lammert weitete deshalb am 27.3. seine Medienkritik auch auf diese Formate aus. Und der WDR-Rundfunkrat hat nun am 16.4. versucht, Konsequenzen zu ziehen, und eine Reduzierung der Zahl der Talkrunden der ARD mit der Begründung vorgeschlagen, es mangle an Themen und Gästen, wenn diese Sendungen nach dem gleichen Muster gestaltet seien. Immer „Wulff und Gauck“ in mehreren Wochen seien nicht besonders „innovativ“ gewesen.

Hier fehlte eine Instanz, welche wiederum diese Leute, z.B. „investigative Journalisten“, kommentiert, welche die Lage kommentieren, die sie selbst her-

gestellt haben. Die Wissenschaft spielte in diesem Medium meist eine unglückliche Rolle, weil ihr „Sachverstand“ nur als Fußnote zum Talk benutzt wird, oder ihr Stil am polemischen Kontext der Show abprallt, es sei denn Wissenschaftler polemisierten gleich mit (wie Hans Herbert von Arnim mit seiner Forderung nach strafrechtlichen Konsequenzen am 14.1.2012 bei „Maischberger“). Der Betroffene hatte letztlich keine Chance, dem „Verdacht der Vorteilsnahme“ zu widersprechen. Der Vertrauensverlust war unaufhaltsam, auch die eher seriösen Medien hatten mit ihrer Warnung keinen Einfluss. Korrektur kann dann nur noch durch die Justiz erfolgen, was wiederum der letzte Anlass für Wulffs Rücktritt aus politischen Gründen war (Antrag auf Aufhebung der Immunität). Paradox! Es wird sehr spannend, ob die Staatsanwaltschaft Hannover schlussendlich etwas rechtlich Relevantes herausfindet. Die Generalstaatsanwaltschaft Celle verkündete am 3.4.2012, dass *allein* das Wochenende im so genannten Nobelhotel auf Sylt und vermutete, damit zusammenhängende Geschäftsbeziehungen zum Filmfinanzier G. problematisch sein könnten. Alle anderen „Tatbestände“ seien nicht geeignet, Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Am Ende fokussierte sich alles auf den „Ehrensold“, *ungefragt*, ob der scheidende Bundespräsident seine Ehre tatsächlich verloren hat, weshalb viele Bürger ihm auch den Zapfenstreich nicht gönnen wollten. Wulff hat seinen Zapfenstreich bekommen, und die Berichterstattung zeigte danach ein merkwürdiges „Versöhnungsbedürfnis“ sowie eine Verschiebung der Diskussion auf neutraleres Feld, vornehmlich die peinliche „Aufarbeitung“ der Affäre über die Frage einer Neuordnung der Besoldung scheidender Bundespräsidenten. Das Reden über Geld neutralisiert moralische Fragen wundersam. Das Amt des Bundespräsidenten hat auch eine *symbolische* Funktion. Symbole sind flüchtig, und durch die Fragen der Besoldung und auch danach, welchen Beruf Wulff denn nun künftig ausüben könne, verschwindet die Aura des „Staatsoberhauptes“, und wir sind mit dem Geldsymbol endlich in einer *bürgerlichen* Gesellschaft angekommen. Das Amt wird zu einer weiteren „Spitzenposition“, die nun mit den Großverdienern in „der Wirtschaft“ und ihrem Habitus verglichen werden kann, wobei Vorsicht geboten ist: Boni werden auch bei komplettem Scheitern bezahlt. Aber die „alten Präsidenten“ (die zum Zapfenstreich nicht erschienen sind und die früheren) waren geprägt von der Vor-, Früh- und Wirtschaftswundergeschichte der Bundesrepublik und vor einer solchen „Banalisierung“ des Amtes gefeit. Auch die Teilung Deutschlands verbot eine solche Wahrnehmung.

Eine „politische Persönlichkeit“ im Zwielficht

Der Bundespräsident hat nach unserer Verfassung zwar eine Vielzahl bedeutender Kompetenzen aber kein klares Profil. Die „Aura“ des *Staatsoberhauptes* ergibt sich eher aus ungeschriebenen Konventionen im Rahmen der Funktionen von *Repräsentation und Integration*. Ein juristischer Kommentar gibt hierzu auch einen politisch-kulturellen Rahmen für den allgemeinen Umgang mit

dem Amt: „In einer bundesstaatlich gegliederten, demokratischen, multikulturellen Gesellschaft geht es dabei primär nicht um den Staat als übergeordnetes Ganzes, sondern um die Herstellung oder Sichtbarmachung und Artikulierung eines **nationalen Basiskonsenses** hinsichtlich grundlegender Werte und Verfahren...Befähigt wird der Bundespräsident dazu durch die Autorität seines Amtes und vor allem kraft seiner Persönlichkeit in Reden und Auftritten“³. Eine eigenständige Qualität mit eigenen Ritualen und Symbolen, gar Pomp, die auf historische Traditionen zurückgeht, hat das Amt nicht vererbt bekommen. Dazu war die deutsche Geschichte in den letzten 150 Jahren seit der Neubegegründung eines Kaiserreiches zu gebrochen. Christian Wulff musste eine neue Konstruktion, gewissermaßen eine Inszenierung für seine „politische Persönlichkeit“ finden, wobei für manche im mythologischen Hintergrund immer noch eine zu repräsentierende „Einheit des Staates“ lauert. Elizabeth II nimmt der Briten diese Vorstellung jederzeit ab, bedeutet „the crown“ nach der Verfassungskonvention im Englischen doch zugleich „the state“. Das englische Bürgertum hatte es bereits im 18. Jahrhundert geschafft, „Staatlichkeit“ auf eine allerdings durchaus relevante Restfunktion zu reduzieren, zu einem „dignified part of the constitution“ (Bagehot). Die Krise nach dem Tod von Lady Diana hat die Königin einfach dadurch überwunden, dass sie in London „erschien“, und die Flagge über dem Buckingham Palace auf Halbmast gesetzt wurde.

Wulff sagte beim Gemeinschaftsinterview am 4.1.2012, der Sprung von Niedersachsen nach Berlin sei zu schnell gewesen. Das Dilemma scheint darin zu bestehen, dass er seinen persönlichen Lebensentwurf aus der „normalen“ Parteikarriere heraus ins Amt des Ministerpräsidenten in Niedersachsen zweifach neu erfinden musste: als MP kam er in Kontakt mit „der Wirtschaft“ und der höchsten Einkommensklasse, die ihm von Osnabrück nur rudimentäre bekannt war. Hinzu kam seine Wende mit seiner Frau ins „Glamourmilieu“, wobei ihm die Grenzüberschreitung vom Politischen zum Privaten, die auch bei offiziellen Prominententreffen (Sportbällen, Filmfestivals, Wirtschaftsempfängen und beim „Politsponsoring“) schleichend erfolgt, nicht gut bekommen ist; er hat die Spielregeln dieses vor allem medial getriebenen Milieus nicht verstanden. Man konnte ihm bald eine Vermischung von persönlichen und politischen Angelegenheiten vorwerfen (so schon die Rheinische Post am 5.6.2010. anlässlich seiner Wahl). Nun werden Ministerpräsidenten nicht als „Moralinstanz“ gewählt (dafür hat man auf Landesebene Bischöfe), selbst wenn es gerade Wulff war, der sich häufiger mit Vorwürfen gegen andere Amtsträger hervortat (z.B. gegen Johannes Rau).

Diese Wende hat er bei seiner zweiten „Neuerfindung“ als Staatsoberhaupt vorangetrieben, was zu einer merkwürdigen Spaltung zwischen Mensch und Amtsträger führte (zwei „halbe Wulffs“), die in eine Balance zu bringen war: einerseits der Repräsentant „jugendlicher“ Frische (als welcher er auch von der Massenpresse aufgebaut wurde), andererseits das mühsam präsentierte „Staatsmännische“, welches die Politik von ihm erwartete. In dieser fragilen Balance lauerte auch die Gefahr, dass mit unmittelbar privat-persönlich begründeten Kritiken auch die „politische Persönlichkeit“ destruiert wurde. In seinen hilflosen Versuchen der Krisenbewältigung zerfiel Wulffs Inszenierung zusehends. Den besonders peinlichen aber wirkungsvollen, krampfhaften Versuchen der

Medien, eine einflussreiche Hannover-Mafia zu konstruieren oder nach dubiosen „Freundschaften“ für irgendeine „Vorteilsnahme“ zu suchen, konnte er nichts entgegensetzen: wo da in der Provinz so wenig Spannendes zu finden ist. Bestenfalls kann die VIP-Lounge vom lokalen Bundesligisten ein „gesellschaftliches Netzwerk“ besonderer Art anzeigen, aber die Region Hannover mit ihrer soliden Bürgerlichkeit eignet sich nicht für Geschichten, die eher in München, Köln oder Berlin zu schreiben sind. Wulff wurde durch diese ganzen Geschichtchen mehr und mehr der Lächerlichkeit preisgegeben. Stets landeten die Talkrunden dann beim *Sozialneid*, z.B. bei der Riester-Rente, bei Hartz IV, den „Schlecker-Frauen“, der Verschwendung öffentlicher Gelder. Ist ja auch misslich, dass Wulffs Alimentation „Ehrensold“ heißt.

Ehrensold und politische Moral

Aber: Die Diskussion über Ehrensold ja oder nein, Amtsausstattung ja oder nein war albern, gelegentlich sogar unwürdig. Grundlage für politische Entscheidungen kann nur die geltende Rechtslage sein. Wer seine tagesformabhängige Gemütsverfassung als Richtschnur für politische Entscheidungen nutzt, negiert geltendes Recht. Vor diesem Hintergrund war und ist es lediglich politische Suggestion, wenn manch einer ankündigt hat, gegen Wulffs Ehrensold stimmen oder die Amtsausstattung infrage stellen zu wollen – weil es weder etwas abzustimmen gab, noch irgendwo zu richten war. Daher war es eine sehr kluge Begründung, die Verteidigungsminister de Maizière für den Zapfenstreich angeführt hat: Es sei eben „geübte Staatspraxis“ – eine Wertung Wulffs hat er sich getrost erspart. Hätte er den Zapfenstreich nicht durchgeführt, hätte er implizit das Amt noch weiter entwertet und letztlich vollends von der gesamtstaatlichen Bedeutung getrennt. Die moralische Kategorie in dieser Sache ist jene, die auf die Mitglieder der letzten Bundesversammlung anzuwenden wäre: Sie haben mehrheitlich jemanden gewählt, der ungeeignet war. Was erwarte ich für ein Selbstbild eines Bundespräsidenten? Dass er sich stets der großen Schuhe bewusst ist, in denen er schreitet – weil zuvor darin schon Männer wie Theodor Heuss, Gustav Heinemann, Richard von Weizsäcker oder zuletzt Johannes Rau liefen. Und jeder, der das Präsidentenamt ausführt, muss auch die geschichtlichen Linien verinnerlicht haben, aus denen es entstanden ist: Er muss um die Bedeutung des Amtes über Jahrzehnte wissen, gerade im Kontrast zum Präsidentenamt noch in Weimarer Zeiten. All das müssen auch die ihn Wählenden verinnerlicht haben.

Zur Frage der Bedeutung des Amtes und der persönlichen Befähigung für dieses lohnt sich vielleicht der Blick in die USA. Wer kandidiert, muss sich vorher dem „vetting“ unterziehen – sei es durch die wählende Bevölkerung, die Medien oder letztlich den Senat und seine Ausschüsse. Jedes Lebensdetail wird dort analysiert und gewichtet. Die vetting-Praxis hat übrigens nicht nur den Zweck, Fehler vorher aufzudecken – nein, gerade bei supreme court justices geht es darum, deren politische Positionen vorher einzugrenzen. Insofern ist das auch ein gesellschaftlicher Diskurs, der jeweils stattfindet. Und diese

Praxis führt auch nicht dazu, dass nur noch Inhaber komplett weißer Westen in Ämter gelangen können – im Gegenteil: Die Läuterung ist ja Zweck der Sache, so wird der Beweis moralischer Eignung erbracht. Nun lässt sich diese Praxis aus einer anderen politischen Kultur nicht auf die Bundesrepublik übertragen, aber man könnte sich vorstellen, dass die den Kandidaten Vorschlagenden hier in Vorlage gehen müssten, quasi als „gute Übung“ vor einer Kandidatur, aber nicht institutionell fixiert. Sagen wir es so: Jemand, der als Bundeskanzler/in einen Personalvorschlag unterbreitet, müsste größte Veranlassung haben, diesen Personalvorschlag vorher an allen Ecken und Enden zu prüfen – allein zum Selbstschutz. Daran müssten auch die Parteien, welche die Mehrheit in der Bundesversammlung stellen, größtes Interesse haben, zumal eine intensive Prüfung ein Schritt zur Unabhängigkeit des/der Kandidaten/in sein könnte. Eine derart intensive Diskussion des Personalvorschlags fand bei Wulff nicht statt, er war ein „Produkt“ der Parteienkonkurrenz und eines rigiden Mehrheitsdenkens. Ob er seiner Aufgabe und Verantwortung gerecht werden könnte, blieb offen.

Wulffs Leistungspotential – revisited

„Das Amt“ ist schließlich nicht allein durch Wulff geschädigt worden, sondern *vor allem* durch die respektlose öffentliche Debatte: man hätte von Anfang an sagen müssen, dass ein noch unreifer Politiker leider zur falschen Zeit auf den „Thron“ gekommen ist, und ihn als zwar beschädigte politische Persönlichkeit mit einem „Aufbau“-Programm seine Amtszeit zu Ende führen lassen, also bewusst Amt und Person trennen müssen. Noch Anfang Januar 2012 wollte eine Mehrheit der Bevölkerung Wulff eine „zweite Chance“ geben. Immerhin sollen seine Auftritte und Reden außerhalb der Bundesrepublik erfolgreich gewesen, er also seiner Aufgabe der *Außenrepräsentation* durchaus nachgekommen sein. Kommt in den besten Monarchien bei den „Staatsoberhäuptern“ vor, und andere Staaten legen offensichtlich weniger rigide Maßstäbe an. Aber in unserer Demokratie geht es um die Legitimation durch die Wahl. Aktuell um Wahlvorgänge, besonders die Kommenden mit dem wichtigen Datum 2013, und die „Entscheider“ mussten wegen der laufenden Wahlkampfstrategien eine Weile warten und kalkulieren, *wie sehr Wulff der CDU schadet*. Das Saarland gab am 6.1.2012 den Ausschlag. Mit den nächsten Wahlen konnte die schwarz-gelbe Koalition ihre Mehrheit in der Bundesversammlung verlieren, also musste „es“ jetzt passieren. Dabei spielte zunächst wieder das reine Mehrheitsdenken eine Rolle, welches schon zur unglücklichen Wahl von Wulff geführt hatte. Allerdings hatte die Krise auf das Ansehen der Bundeskanzlerin offenbar keinen Einfluss; so schreibt der Economist (17th 2012): „The sudden downfall last month of the German president, whom she had picked for the job in 2010, did her no apparent harm“.

Der Kandidat Wulff war von Anfang an eine parteipolitisch motivierte Fehlbesetzung im Präsidentenamt. Schon seine Wahl basierte auf Umfragedaten, die ihn an die Spitze der Rangliste setzten und dadurch eine „Gefahr“ für

Frau Merkel signalisierten. Nur sagt das Politbarometer nichts über die Qualität eines Politikers oder seine Qualifikation für ein Amt aus, sondern nur über seine Beliebtheit. Wulff hatte schon in Niedersachsen eigentlich nur als Aufsichtsrat von VW eine „gute Figur“ gemacht, d.h. mit *situativ geliehenem Ansehen*. Als MP agierte er als Verwaltungsmann mit geringem politischem Profil, aber einer „loyalistischen“ Personalpolitik. Kein MP war so misstrauisch wie er, der gewissermaßen ein parteipolitisches „screening“ sämtlicher wichtiger Personen in seinem Machtumkreis durchführte. Er wollte sich im Lande bewusst als „solider“ Sachwalter von seinen Vorgängern abgrenzen und hat die inhaltliche Arbeit in den landesüblichen Politikfeldern wie Finanzen, Schul- und Verwaltungsstrukturreform professionelle Minister erledigen lassen, ansonsten bundesweit in der CDU die Fäden gezogen und an seiner Parteikarriere gearbeitet. Bundespolitisch sichtbar wurde er nach 2005 einzig als treuer Anhänger der neuen Bundeskanzlerin, z.B. bei der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke, was sich 2010 „bezahlt“ machte, nachdem Wulff öffentlich bekannt hatte, er sei kein Alphetier. Aus dieser Zeit stammt sein administrativer Habitus, der ihn auch als Präsident begleitete, ebenso wie seine Abhängigkeit von seinen Vertrauten, die sich während der Affäre als fatal erweisen sollte.

Auffällig war in seiner Regierungszeit in Niedersachsen vor allem die Ernennung einer Sozial- und Integrationsministerin „mit Migrationshintergrund“. Schon in seiner ersten Rede (2.7.2010) trug er „sein“ Thema vor. Die spätere, viel gerühmte Rede vom Oktober 2010 über „den Islam“ war jedoch trotz der erheischten Aufmerksamkeit seltsam deplatziert, weil er die Mehrdeutigkeit seiner Formulierung übersehen hat. Was heißt „gehört zu Deutschland“? Das kann man auch von vielen Unannehmlichkeiten sagen: diese oder jene gehört „jetzt auch“ zu uns. Und so wurde der Satz bei vielen Andersdenkenden auch mehr oder weniger heimlich verstanden. Das Fremde ist da, aber wir mögen es nicht. Man erinnere sich an die im Sommer des Jahres besonders von der Springerpresse aufgeheizte Sarrazin-Debatte! Volker Kauder (CDU) stellte dann „als später Widerspruch zum ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff“ (Die Welt 20.4.2012) anlässlich der Deutschen Islamkonferenz (DIK) 2012 offen fest: „Der Islam ist nicht Teil unserer Tradition und Identität in Deutschland und gehört somit nicht zu Deutschland“. Sicherlich war es richtig, dass Wulff das Thema „Integration“ auf den Spielplan setzte, aber dann politisch sensibel und nicht in einer Art Verwaltungsakt; wie alles wirkte, was Wulff meinte, mit „Würde“ sagen zu müssen. Schön wäre vielleicht in der europäischen Perspektive ein historisch reflektierter Rückblick auf das frühe Mittelalter gewesen, eine Zeit, in welcher die „abendländische“ Kultur von islamischen Impulsen in Philosophie und Wissenschaft ungeheuer profitiert hat, sich ohne diese Synthese vielleicht gar nicht hätte herausbilden können, und die Religionen vor allem in Südeuropa noch in weitgehend friedlichem Nebeneinander praktiziert wurden.

Stimmen in der Presse (Die Welt vom 18.11. und Die Zeit vom 24.11.2011) lassen vermuten, dass zuletzt sein dezidiertes Engagement gegen die Neonazi-Mordserie und für die geplante Gedenkveranstaltung den „Apparat“ massiv verärgert hat, weil dies als eine durchaus prekäre Intervention in

innenpolitische Angelegenheiten und ein Übergehen der Bundesregierung angesehen wurde. Hier liegen Grenzen für das Amt. Immerhin gewinnen diese Verbrechen ihre Brisanz auch aus dem Zwielficht, das auf Geheimdienste und Ministerien, d.h. die ganze „Sicherheitsarchitektur“, geworfen wird. Die für die Innere Sicherheit Zuständigen haben dagegen ein Ablenkungsthema entdeckt: den „Islamismus“. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hatte schon kurz nach seinem Amtsantritt Anfang März 2011 gesagt: „Dass der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Tatsache, die sich auch aus der Historie nirgends belegen lässt“, Die DIK knapp einen Monat später wurde unter seiner Führung zur „Sicherheitspartnerschaft“, als wäre dies das Hauptproblem der Integration. Kurz nach der Gedenkveranstaltung 2012 wurden der Bild-Zeitung vom BMI Passagen aus der differenzierten 760-Seiten-Muslim-Studie mit der verzerrenden Absicht zugespielt, auf fehlenden Integrationswillen, Gewaltbereitschaft und Sympathien für den Islamismus in weiten Teilen der muslimischen Jugend „aufmerksam“ zu machen. Die DIK bemühte sich daraufhin, dem Eindruck entgegenzutreten, dass Gewalt vor allem religiöse Ursachen habe (SZ, 20.4. 2012, S. 5). Das erscheint als ein „gelungener“ Themenwechsel. Wollte man Wulff die Gedenkveranstaltung wegen zu großer Nähe zu den Opfern und einer gemutmaßten „Parteilichkeit“ nicht mehr durchführen lassen? Fürchtete man seine Rehabilitation „auf Umwegen“?

Der neue Bundespräsident

Immerhin hat nun Joachim Gauck bei seiner Kandidatenkür eine Diskursrunde vor Parteien und wichtigen gesellschaftlichen Organisationen abgeleistet, seine Vita, seine Schriften und Reden wurden ausführlich durchforstet, seine Familienverhältnisse liegen offen, und die nächste „First Lady“ wird unverheiratet sein, alles wurde ihm schon vorab „verziehen“ – ein politisch-kultureller „Ertrag“ der Präsidentenkrise? Pastor Gauck, der nicht der Parteienlandschaft entstammt, könnte sich als „Zwischenlager“ eines überholten Mythos vom „moralischen Vorbild“ erweisen, der allein durch seine DDR-Geschichte Substanz erhält. Er selbst äußert sich häufig in diesem Sinne, schon gleich bei seinen ersten Worten an die Bundesversammlung oder in der Formulierung, dass „Osteuropa nun nach Westeuropa“ komme, womit die deutsche Einigung endlich auch in diesem Amt zum Tragen kommt. Die weiteren Erwartungen an ihn sind zwar „riesig“ (Lammert), aber breit gefächert und neutralisieren sich zugleich gegenseitig. Da er all die vor seiner Wahl vorgetragenen Sachthemen nicht kraft eigener Entscheidungskompetenz einer Lösung zuführen kann, wird seine Hauptaufgabe der „große demokratische Diskurs“ sein. Dieser bringt den neuen Bundespräsidenten in eine komfortable Position. Man nennt ihn schon den „Politiklehrer“, den „Leviten-Leser“ oder anderes, schiebt ihn in eine pädagogische Funktion im Rahmen der zerfaserten repräsentativen Demokratie, die ihm geradezu auf den Leib geschrieben zu sein scheint. Die SZ schrieb am 19.3.: *„Theodor Heuss stellte nach dem Nationalsozialismus das Image Deutschlands wieder her. Gustav Heinemann stand für den Wind des*

Wandels. Für Weizsäcker war es die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, für Gauck wird es wohl: die Freiheit. Mit fast jedem Bundespräsidenten ist ein großes Thema verbunden. Bedeutung erlangte, wer nicht mit dem Zeitgeist sprach, sondern gegen ihn“. Eher aber haben die politisch (nicht nur als Landesvater, wie z.B. Rau) erfolgreichen Persönlichkeiten im Amt durch die *Überwindung von Tabus* in der bundesrepublikanischen Selbstwahrnehmung und der politischen Sprache, die zugleich Blockaden für den Wandel darstellten, gewirkt. Wulff hatte das beim Thema Integration versucht, scheiterte aber an seiner Redeschwäche.

*Ob Gauck in dieses Schema passt oder eher „mit dem Zeitgeist“ gehen wird? Als gelernter Prediger soll (und wird) er die richtigen Sätze für jede Situation finden. Diese Publikuserwartung erinnert an die Situation der Gläubigen in der Kirche: einem Pfarrer widerspricht man nicht, sondern hört andächtig zu, denkt sich seinen Teil und spricht vielleicht in der Gemeinde „unter Gleichen“ über Sinn und Zweck der Rede. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass ein christlicher Pfarrer stets in Gleichnissen spricht, die deutbar bleiben; so bleibt die Spekulation darüber, ob er konservativ, liberal oder doch sozial eingestellt ist, unentschieden, wie seine Vereidigungsrede zeigte. Danach könnte man ihn eher einen „Kommunitären“ nennen. Wohl formuliert ist es ihm gelungen, ein inklusives Programm vorzutragen. Keine Strömung in der Gesellschaft, aber jegliche *nähere* politisch-programmatische Idee, kam zu kurz. Er nahm alle „Übertreibungen“ aus der Vorzeit zurück und konzentrierte sich auf „Werte“ (Freiheit, Verantwortung, auch soziale Gerechtigkeit) und „Verfahren“ (Demokratie), die Annäherung von Regierenden und Regierten sowie die „aktive Gesellschaft“. Das Thema „Nachhaltigkeit“ wurde gleichnishaft mit „unseren Kindern und Enkeln“ umschrieben. Alle „staatstragenden“ Parteien dürfen ihn vereinnahmen, auch die Scharte Wulffs bezüglich der „Islamfrage“ hat er sensibel ausgewetzt. Unter diesem pastoralen Schirm können die Parteien und die politische Gesellschaft nun munter und ungestört in die Wahlkämpfe einsteigen. Denn auch nach Gaucks eigenem Verständnis ist seine Rolle in einer „lebendigen Bürgergesellschaft“ die des Moderators, vielleicht Aktivierers eines neuen, möglichst medienunabhängigen öffentlichen Bewusstseins über die Parteigrenzen hinweg, welches man als „Mediandenken“. d.h. dem größtmöglichen Teil der Staatsbürger nahekommend (die Briten haben einen schönen Begriff hierfür: „moving consensus“), bezeichnen könnte. Und dadurch wird er eine Funktion einnehmen, die der zitierte juristische Kommentar so bestimmt: „Aus der Perspektive der Bürger soll der Bundespräsident als Verkörperung des die Bürger in ihrer Pluralität einenden Grundkonsens Vorbild und geistiger ‚Prototyp des Staatsbürgers‘ sein“. In diesem Sinne passen nun Person und Amt wahrlich zusammen. Im Blätterwald und auf den Fernsehschirmen ist Ruhe eingekehrt. Ein besonderes „moralische Gewicht“ wird nicht gebraucht, reicht doch die Besinnung auf die Besonderheiten „unseres Landes“ in Europa und einer globalisierten Welt – was immer sie sein mögen.*

Anmerkungen

- 1 Dieser Essay wurde am 23.4.2012 abgeschlossen.
- 2 Vgl. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2012/wulff/>
- 3 Hermann Butzer, Kommentar zu Art 54 GG, in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Hopauf: GG Kommentar, 12. Auflage, 2011, S. 1200.